



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus dem Wiener Reichsrat

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Aus dem Wiener Reichsrat



Vielleicht ebenso einzig in ihrer Art wie die parlamentarischen oder richtiger durchaus unparlamentarischen Vorgänge, die mit dem Sturze des Grafen Badeni ihren Abschluß gefunden haben, ist die Debatte, die sich an die Antrittserklärungen des Grafen Clary knüpfte. Der hartnäckige Widerstand, den die Deutschösterreicher mit Ausnahme der Klerikalen der von dem Grafen Badeni begonnenen und von dem Grafen Thun fortgesetzten verhängnisvollen Politik der Sprachenverordnungen und des Notverordnungsparagraphen 14 entgegengesetzt hatten, ist endlich über die tschechisch-polnisch-südslawisch-feudal-klerikale Majorität siegreich geblieben. Durch die von dem neutralen Beamtenministerium auf direkte Verfügung des Kaisers vorgenommene Aufhebung der Sprachenverordnungen ist das Hindernis einer regelmäßigen Thätigkeit des Reichsrats aus dem Wege geräumt, und das nächste Ziel des Eingreifens der Krone in das politische Chaos, die Wahl der Delegation und damit das verfassungsmäßige Arbeiten der dualistischen Einrichtungen erreicht worden.

Freilich hat der Sturz des Grafen Thun die unter dem falschen Zeichen der Autonomie verbündete unnatürliche Parlamentsmehrheit furchtbar enttäuscht und insbesondre die hochmütigen Tschechen aus allen ihren Himmeln gestürzt. Die tschechische Presse ließ es auch nicht an maßlosen Wutausbrüchen fehlen, während das Mißvergnügen der Polen und Südslawen in ihren Blättern einen weitaus gedämpftern Ton anschlug. Die Stimmen aus dem klerikalen und feudalen Lager klangen noch zurückhaltender, da es ja eine Zeit lang den Anschein hatte, als solle einer ihrer Vertrauensmänner, Graf Alfred Diechtenstein, mit der Kabinettsbildung betraut werden, und da sie auch jetzt nicht die Hoffnungen aufgeben, daß ihnen nach der Lösung der dem Übergangministerium gestellten Aufgaben bei der endgiltigen Kabinettsbildung eine besonders große und entscheidende Rolle zugebracht sei.

Trotz dieser Verschiedenheit in der Auffassung der plötzlichen Wendung erkannten aber alle Parteien der Rechten, daß die Sicherung ihrer Zukunft von ihrem Zusammenhalten abhänge, und so beeilten sich die verschiedenen Gruppen der zusammengewürfelten Mehrheit in mehr oder minder entschiednen Rundgebungen sich für solidarisch zu erklären, ihre im Exekutivkomitee gegebne

Organisation aufs neue zu befestigen und dem neuen Kabinett gegenüber eine durchaus ablehnende, ja unfreundliche Haltung anzukündigen.

Das geschah im Parlament unmittelbar nach der Erklärung des Grafen Clary durch den Obmann des Jungtschechenklubs, Dr. Engel, während in Böhmen von Volksversammlungen und Gemeindevertretungen maßlos heftige Proteste gegen die Aufhebung der Sprachenverordnungen losgelassen wurden. Der jungtschechische Antrag, eine Debatte über die Erklärung zu eröffnen, wurde einstimmig angenommen, weil alle Parteien die Notwendigkeit einer Klärung der politischen Lage fühlten, und jede von ihnen das Bedürfnis hatte, ihre Stellung zu begründen.

Vom 24. bis 28. Oktober haben nun siebenzehn Parteien durch den Mund von siebenundzwanzig Rednern die Verschiedenheit der die Völker und Bevölkerungsklassen Österreichs bewegenden Gefühle, Anschauungen und Interessen in einer Vollständigkeit dargelegt, wie sie kaum übertroffen werden kann. Wer sich ein Bild der sich zum Teil völlig entgegenstehenden, sich zum Teil wirt durchkreuzenden Forderungen und Bestrebungen der im Wiener Reichsrat vertretenen Länder und Völker schaffen will, muß die stenographischen Berichte über dieses viertägige parlamentarische Ringen lesen, das dramatischer kaum gedacht werden kann, jedoch für die Wiederkehr des nationalen Friedens oder wenigstens eines erträglichen Verhältnisses zwischen den sich bekämpfenden Elementen sehr traurige Ausichten eröffnet.

Macht man den schwierigen Versuch einer zusammenfassenden Darstellung des Verlaufs der bewegten vier Reichsratsitzungen, so ergibt sich eine vielstufige Skala des Verhaltens der parlamentarischen Parteien gegen das vom Kaiser mit einer so schweren Aufgabe betraute provisorische Kabinett vom wohlwollenden Vertrauen bis zum schärfsten Mißtrauen. Keine einzige Partei aber hat sich bedingungslos neben das Ministerium Clary gestellt.

Am freundlichsten stellten sich zu ihm der verfassungstreue Grundbesitz und die freie deutsche Vereinigung. Abgeordneter Bärnreither glaubte an die vollkommene Unparteilichkeit der Regierung und hoffte, daß sie Österreich, auf feste Regierungsgrundsätze gestützt, aus der heutigen Krise herausführen, die mit der Erschütterung des allgemeinen Rechtsbewußtseins erschütterte Staatsautorität festigen werde. Er erklärte die Bereitwilligkeit seiner Partei, den Kampfesboden in einen Arbeitsboden zu verwandeln, und bedauerte, daß die Parteien der Mehrheit und besonders die so gern im Gewande einer Staatspartei erscheinenden Vertreter von Galizien dem Bestreben entgegengewirkt hätten, ein Präsidium zusammenzustellen, das eine größere Gewähr für die Arbeitsfähigkeit des Hauses geboten hätte. Aber er betonte auch, daß dieses Vorgehen die Einigkeit der deutschen Oppositionsparteien nur noch mehr kräftigen werde, hob die Notwendigkeit, daß die deutsche Vermittlungssprache als Kulturbedürfnis des Staats gesetzlich festgestellt werde, hervor und erklärte

bestimmt, daß jeder Politiker in Österreich künftig mit der Thatsache werde rechnen müssen, daß die Deutschen entschlossen seien, gewisse Dinge, die sich bisher gewohnheitsmäßig gegen sie vollzogen hätten, künftig nicht mehr zu dulden. In demselben Sinne begrüßte Abgeordneter Kink die Aufhebung der Sprachenverordnung als erstes sichtbares Zeichen der Absicht, den innern Frieden herzustellen, und forderte als Zeichen der vom Grafen Clary zugesagten „Hochhaltung“ der Verfassung, daß der mißbräuchlich angewandte § 14 aufgehoben werde, der die Regierung, während der Reichsrat nicht versammelt ist, zu Verfügungen dringender Natur ohne dauernde Belastung des Staats unter Vorbehalt nachträglicher Gutheißung durch den Reichstag ermächtigt. Als die erste Aufgabe einer einheitlichen und geordneten Verwaltung bezeichnete er das wirtschaftliche Erstarken Österreichs, das sich mit viel kleinern national gemischten Staaten, wie Belgien und die Schweiz, wirtschaftlich in keine Parallele stellen lasse. Wohlthuend berührte die von einem Professor allerdings begreifliche und jetzt besonders zeitgemäße Bemerkung, daß es die Regierung auch nicht an einem Hinweise auf das positive Wissen, auf die freie Forschung und auf den Schutz der freien Schule hätte fehlen lassen sollen.

Eine größere Zurückhaltung zeigten schon die Sprecher der deutschen Volkspartei und der deutschen Fortschrittspartei. Hofmann-Wellenhof bezeichnete angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre ein tiefgewurzeltcs Mißtrauen gegen Regierungserklärungen auf der deutschen Seite als begreiflich und geboten und die Aufhebung der Sprachenverordnungen als taktischen Erfolg nicht sowohl der parlamentarischen Obstruktion als der großen deutschen Volksbewegung gegen das deutschfeindliche System, das den Staat von seiner natürlichen Grundlage verdrängen wolle. Als Richtschnur für die vom Ministerium in Aussicht gestellte reichsgesetzliche Regelung der Sprachenverhältnisse stellte er das Pfingstprogramm der deutschen Oppositionsparteien hin, das für deutsche Gebiete deutsche Beamte, deutsche Richter, deutsche Lehrer und deutsche Priester fordere. Die Erklärung des Grafen Clary fand er unbefriedigend, weil sie keine Gewähr für die Zukunft, keine Garantie gegen den abermaligen Mißbrauch des § 14, gegen Angriffe der Staatsorgane auf die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der Staatsbürger, gegen Massenbeschlagnahmen, willkürliche Verbote und Maßregelungen aller Art biete, die diese Rechte zum Schein machten. Bei aller Bereitwilligkeit zu einem dauernden und ehrenvollen Frieden stellte sich die Partei des Redners der Regierung gegenüber auf den Standpunkt des Abwartens, stets auf der Hut und bereit zur Abwehr jedes Angriffs, und gestützt auf die in den letzten Jahren zum nationalen Bewußtsein erwachte deutsche Bevölkerung, entschlossen, auch die schärfsten Waffen zu brauchen. Pergelt stellte sich auf denselben Standpunkt, erkannte in der Herstellung des frühern Zustandes lediglich einen Akt der Gerechtigkeit und die Voraussetzung einer entsprechenden gesetzlichen Regelung

der Sprachenverhältnisse an, forderte Garantien für die Aufgabe des Verordnungswegs auf dem Gebiete des Sprachenrechts und darum Beseitigung des § 14. Solange die Staatsweisheit der Regierung darin besteht, das deutsche Volk zu drangsalieren und zu höhnen, werde im Staate nicht Ordnung und Friede herrschen, und keine Gewähr für die Blüte, das Erstarken und wirtschaftliche Gefunden des Staats gegeben sein. Der christlich-soziale Führer Dr. Lueger bekamte sich zu der von ihm nicht ganz ehrlich eingehaltnen deutschen Gemeinbürgerschaft, bezeichnete aber als den Mittelpunkt, um den sich alles drehe, den ungarischen Ausgleich und die Ermöglichung der Delegationswahl. Er vermifste eine bestimmte Erklärung des Ministeriums, daß es das Überweisungsgesetz nicht auf Grund des § 14 erlassen, sondern der parlamentarischen Behandlung unterziehen werde, damit es einmal zu einer ordentlichen österreichischen Aktion komme, die den Judäomagyaren beweisen solle, daß man sich in Österreich nichts mehr von ihnen dreinreden lasse. In dem Bestreben, die wirtschaftlichen Fragen zu erledigen, werde das Kabinett die Unterstützung der Christlich-Sozialen finden.

Mit besonderm Interesse hatte man den Äußerungen der Deutschradikalen entgegengesehen und war einigermaßen überrascht über die Mäßigung, womit der Himmelsstürmer Wolf sprach. Das Verdienst an der Aufhebung sprach er nicht mit Unrecht dem deutschnationalen Radikalismus zu, behandelte die Furcht vor der tschechischen Opposition ziemlich wegwerfend und meinte spöttisch, der zweigeschwänzte Löwe sei so lange in der Regierungsmenagerie gewesen und habe so gutes Futter gehabt, daß ihm die Ideale etwas verfettet seien. In der Regierungserklärung fand er zu wenig Positives, als daß er ihr Vertrauen entgegenbringen könne, gab aber die Absicht kund, sich wieder an die ruhigen vornehmen Formen des Glaceehandschuhpatriotismus gewöhnen zu wollen. Er forderte aber die deutsche Staatsprache, daß das deutsche Sprachgebiet gegen weitere Überschwemmungen durch das Tschechentum gesichert werde, indem man tschechische Schulen einrichte und tschechische Beamte einbürgerte; sowie die Zusage, daß § 14 nie mehr in rechtswidriger Weise angewandt werde, in der Form einer Thronrede. Trotz des Mangels jeglichen Vertrauens werde von der Bethätigung des Radikalismus abgesehen, die Organisation aber nicht aufgelöst, bloß Landwehr und Landsturm sollten entlassen und die Kadres in den Kasernen beisammen gehalten werden (was jungtschechische Zwischenrufe als ganz preußisch denunzierten). Einem durch die spanische Wand in seinen Umrißen schon erkennbaren kommenden feudal-klerikal-schwarzen Ministerium werde seine Partei gerüstet gegenüberstehn, und es werde dann mit einem Radikalismus zu thun haben, der an Kraft nichts eingebüßt habe.

Diesem Aufmarsche der deutschen Parteien schloß sich der Sozialdemokrat Hannich an, der die Aufregung der Bevölkerung mehr auf die § 14-Wirtschaft zurückführte, den Ausgleich durch sie als ebenso großen Rechtsbruch bezeichnete wie

die Sprachenverordnungen und den Wegfall des § 14 aus der Verfassung forderte. Aber der Redner erkannte mit einem treffenden Seitenhieb „auf die Größe, Belesenheit und Wissenschaftlichkeit des Sozialpolitikers Dr. Raizl“ die Vorlegung des Gesetzesentwurfs über die Aufhebung des Zeitungstempels als eine gute That der Regierung Clarys an, die damit jedoch noch nicht genug gethan habe.

Aus ganz anderm Tone klangen natürlich die von seiten der Majorität gehaltenen Reden am zweiten Tage. Zuerst rückte der Obmann des Exekutivkomitees der Rechten, der Pole Saworski ins Treffen und brachte seinen und seiner galizischen Kollegen großen Schmerz und großes Bangen über den steten Niedergang des Parlamentarismus in Osterreich zum Ausdruck; er beklagte, daß einer in den Annalen des parlamentarischen Lebens nie gekannten Obstruktion das einzig richtige Prinzip des Parlamentarismus, das Majoritätsprinzip, die Autorität der Staatsgewalt und der Ministerien zum Opfer gefallen seien, und auch die sehr wichtigen Kultur- und Wirtschaftsinteressen der Bevölkerung in den einzelnen Königreichen und Ländern zu fördern bestimmte Thätigkeit in den Landtagen eine Stauung erfahren habe. Der Spießgeselle und Haupthelfershelfer Badenis und Thuns hatte die Stirn, sich über die Notwendigkeit der Anwendung des § 14, der den polnischen Anschauungen über die große Bedeutung der parlamentarischen Thätigkeit lebhaft widerspreche, tief beunruhigt und sich wegen der möglichen Wiederholung eines ähnlichen Mißbrauchs des Paragraphen sehr besorgt zu zeigen. Er bestritt jedoch, daß die vom Kabinett Clary einseitig zu Ungunsten der berechtigten nationalen Interessen des einen Streittheils ohne gleichzeitige berechnete Opfer des andern Theils verfügte Aufhebung der Sprachenverordnungen den Charakter der Neutralität habe, und forderte im Namen der Polen, daß bei der zur Herstellung des nationalen Friedens in Aussicht genommenen „legislativen Aktion“ ihren „autonomistischen“ Grundsätzen vollkommen Rechnung getragen werde. Er bezeichnete zwar als bisherigen und künftigen Leitstern der Politik des Polenklubs das Einstehen mit allen Kräften, mit jedem Opfer und ohne Rücksicht auf die jeweilige Regierung für die Dynastie, für die Machtstellung des Reichs und für die Bedürfnisse des Staats, aber außerhalb der Grenzen dieses Standpunkts erklärte er angesichts des aus der Erklärung des Grafen Clary wehenden eisigen, zentralistischen, bürokratischen Windes dem neuen Ministerium kein Vertrauen entgegenbringen zu können, sondern sein politisches Verhalten lediglich nach den politischen Grundsätzen einrichten zu wollen, die den Klub auch weiterhin im Verbande der Majoritätspartei erhalten werden.

Nun hatte schon vor den Rednern der deutschen Opposition der Ruthene Okuniewski den Widerspruch zwischen der von den Herren Polen so hoch gehaltenen Autonomie und der nationalen Gleichberechtigung an der Unterdrückung seiner Nationsgenossen in Galizien nachgewiesen, wie es nach ihm

Jarosiwicz that, und hatte sich sehr neugierig gezeigt, wie die Regierung es zustande bringen wolle, bezüglich der Sprachenfrage das praktische Bedürfnis und die Gleichberechtigung zugleich im Auge zu behalten. Überraschend feindselig nahm aber der Vertreter der Feudalen, Graf Palffy Stellung gegen das neue Ministerium, nachdem er die deutschen Parteien beschuldigt hatte, daß sie die bisherigen Gegensätze nicht durch gegenseitige Rechtsachtung zu beseitigen trachteten, sondern durch die Unterdrückung anderer Völker noch vertieften. Durch die Aufhebung der Sprachenverordnungen sei dem Majoritätsprinzip Hohn gesprochen, und der Glaube an die Gerechtigkeit und Billigkeit gegenüber dem tschechischen Volke erschüttert worden, diesem schweres Unrecht geschעה und seine Gleichberechtigung beeinträchtigt worden. In dem parlamentarischen Kampfe der zentralistischen Minorität gegen die autonomistische Majorität erscheine das Kabinett Clary nicht geeignet, den Völkerfrieden zu erzielen. Und da eine Verständigung nur möglich sei, wenn man gegenseitig die Rechte achte, ohne die Überzeugung anderer zu vergewaltigen, so erklärte der Redner, seine Partei sei nicht in der Lage, der Regierung Vertrauen entgegenzubringen.

Ehe nun die Sungtschechen zu Worte kamen, die ja in erster Linie die Zeche des allerdings durch ihre maßlose nationale Rücksichtslosigkeit und ihren Größenwahn verschuldeten Kabinettswechsels zu bezahlen haben, und ehe sie die von den übrigen Parteien der Rechten ihnen im voraus zugestandne schärfere Tonart anschlugen, war leider auch der deutschradikale Abgeordnete Türk etwas zu scharf ins Zeug gegangen. Bittere Wahrheiten mußten Polen und Tschechen von ihm hören. Daß Jaworski noch nicht das Vertrauen zu dem neuen Ministerium gefunden habe, führte er auf den bisherigen Mangel eines Kompensationsangebots zurück. Statt der Autonomie für Galizien wünschte er dessen gänzliche Loslösung von Österreich. Dem tschechischen Kulturvolke sagte er, daß man es nur ein wenig zu kragen brauche, damit seine Roheit zum Vorschein komme. Den Klerikalen warf er ihr Bündnis mit allen Stammesfeinden der Deutschen vor. Er warnte die Tschechen, es zum Bürgerkriege in Böhmen, Mähren und Schlesien zu treiben, und stellte die unzulässige Behauptung auf, daß dann zuverlässig preußische Heere einmarschieren und den Tschechen einen Tanz aufspielen würden, den sie nicht vergessen dürften.

Die polnische Volkspartei kennzeichnete die galizische Autonomie durch den Mund ihres Vertreters Stapinski damit, daß sie eine strengere und ehrliche Handhabung der Gesetze in Galizien forderte, wo das Recht bloß für die herrschende Clique und deren Günstlinge da sei, auf deren Gnade und Ungnade sonst alle angewiesen seien. Mit der Absicht, allen feudalen Vorrechten und klerikal-reaktionären Strömungen entgegenzuarbeiten, stellte sich dieser Pole an die Seite der deutschen Opposition.

Nun brach das tschechische Ungewitter los. Der mährisch-jüdische Sungtscheche Stransky gab der maßlosen Erbitterung, die im tschechischen Volke

durch das Unternehmen „einer von elendem Ehrgeize besetzten Regierung“ wachgerufen worden sei, entsprechenden Ausdruck, indem er den 17. Oktober, den Tag der Aufhebung der Sprachenverordnungen, ein Verbrechen, eine Schande, eine Schmach für Österreich nannte, der sich würdig den Tagen von Solferino und Königgrätz anreihe. Er rief ganz Europa, die ganze gesittete Welt zum Zeugen auf, daß „mit diesem Gipfelpunkt der Frechheit im Beugen alles Rechts und aller Gerechtigkeit, mit diesem Gipfelpunkt des Hinwegsetzens über jede Moral den Tschechen ein himmelschreiendes Unrecht geschehn sei, aus Feigheit der Regierung, die vor der Obstruktion die Flucht ergriffen habe.“ Übrigens sei Graf Clary nur der Strohmann des Goluchowski-Syndikats, einer Kamarilla, der Armees- und Militärpartei, und habe sich dingen lassen, um diese Henkersarbeit an der Gerechtigkeit zu verrichten. Auch die Minister, die hinter ihm stünden, hätten nicht aus eigener Überzeugung ihre Unterschrift auf das schmachvolle Dekret vom 17. Oktober gesetzt. Die Art, wie die Aufhebung der Sprachenverordnungen inszeniert worden sei, könne die Gefährdung der dynastischen Gefühle des tschechischen Volks zur Folge haben. Das Goluchowski-Syndikat suchte die Welt zu überzeugen, es sei ein Wunsch der Krone, daß die Sprachenverordnungen aufgehoben würden. Das sei ein Verrat an der Dynastie und der Krone. Dann griff der Redner den Justizminister Kindinger, der die frühere Sprachpraxis bei den Gerichten wieder hergestellt hat, und gegen den die Jungtschechen bei der deswegen an ihn gerichteten Interpellation einen beispiellosen, sogar von den übrigen Majoritätsparteien mißbilligten Spektakel gemacht hatten, in der unflätigsten Weise an, indem er ihn der Angeberei als Basis seiner Karriere beschuldigte, und zieh ebenso den Minister des Innern, der als Mitglied des Kabinetts Gautsch dessen Sprachenverordnungen unterschrieben habe, der Charakterlosigkeit. Der Aufhebung der Sprachenverordnungen schrieb er zu, daß sie eine totale Verwirrung in die Verwaltung trüge und die ärgste Verderbnis der Beamtenerschaft zur Folge haben werde. Die von zahllosen gereizten Zwischenrufen unterbrochne Rede erzielte auch einen großen Heiterkeitserfolg, als es darin hieß, es gäbe im Reichsrat keine ärgern Gegner des § 14 als die Jungtschechen, mit deren Obstruktion zu einer ihnen gelegnen Zeit gedroht wurde. In dem effektvollen Schlusssatz erklärte Straneky, daß die Tschechen überzeugt seien, es werde ihnen schließlich doch ihr Recht, die Gleichberechtigung mit dem deutschen Volke, werden, daß sie zwar im Augenblick etwas verloren hätten, worauf sie mehrere Jahre lang hingearbeitet hätten, nicht aber die Ehre. Dagegen werde das offizielle, heute von dem Grafen Clary vertretne Österreich infolge seines Schrittes schmachbedeckt das neunzehnte Jahrhundert verlassen und das zwanzigste eröffnen. Der dem Redner von dem klerikalen Präsidenten Fuchs wegen der letzten „ganz ungeziemenden“ Äußerung erteilte Ordnungsruf hinderte natürlich nicht den frenetischen Beifall der jungtschechischen Partei-

genossen, in deren Anschauungen, letzte Ziele und künftige Taktik die Stranškysche Rede einen lehrreichen Einblick eröffnete.

Wesentlich eingeschränkt wurde aber ihre taktische Wirkung durch das unmittelbar darauffolgende Auftreten der Rumänen, der Italiener und der katholischen Volkspartei. Der Abgeordnete Lupul bezeichnete als die beiden leitenden Grundsätze des Rumänenklubs die „volle“ Autonomie aller Königreiche und Länder und die „vollste“ Gleichberechtigung aller Nationalitäten und Völkerrassen, die sie bewohnen, klagte darüber, daß bisher die Forderungen und berechtigten Wünsche der Rumänen nicht genug berücksichtigt worden seien, und erklärte, daß sie ihr Verhalten gegen die Regierung nach deren Thaten einrichten würden. Der Südtiroler Malfatti erkannte die Aufhebung der von inkompetenter Seite erlassenen Sprachenverordnungen als korrekt an, forderte aber auch, daß die Verfügungen der Behörden beseitigt würden, die den herkömmlichen Gebrauch der Sprache „in den italienischen Ländern beeinträchtigten.“ Für die Regelung des Gebrauchs der Sprache in Amt und öffentlichem Leben wollte er in erster Reihe das praktische Bedürfnis der Bevölkerung berücksichtigt wissen, verwahrte sich aber gegen die Einführung einer Staatssprache oder Schwämmerung der Sprachrechte einer Nation zu Gunsten einer andern unter dem Vorwande von Verwaltungsbedürfnissen. Gegen die Regierung erklärte er im Namen des Italienerklubs keine feindliche Stellung einnehmen, sondern sie auf Grund ihrer Thaten beurteilen und ihr die Unterstützung nicht verweigern zu wollen, wenn sie die nationalen Rechte achten und den wirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung tragen werde. Eine überraschend knappe Erklärung gab Dr. Rathrein für die katholische Volkspartei ab, indem er dem Kabinett die Unterstützung seiner Partei in ihrem Bemühen zusagte, normale parlamentarische Zustände und in dem leidenschaftlich geführten Nationalitätenkampfe eine Verständigung der streitenden Parteien herbeizuführen und die keinen Aufschub duldenden Aufgaben parlamentarisch in gedeihlicher Weise zu erledigen.

Der deutschradikale Dr. Fochler bezeichnete die Rede Stranškys als ein nach Böhmen und Mähren hinaus gegebenes Signal, dort wieder das Plündern, Sengen, Brennen und Morden zu beginnen, wobei er einem für seine Nationalität kämpfenden Volke allenfalls das Morden, nicht aber das Stehlen verzeihen zu können erklärte. Dem tschechischen Löwen seien übrigens durch die vielen Zuckerln, die er unter den frühern Regierungen bekommen habe, die Zähne so stumpf geworden, daß er nur mehr heulen und nicht mehr beißen könne. Der Redner bezeichnete offenherzig die in der Dezemberverfassung ausgesprochene Gleichberechtigung als schweren Fehler, da es immer Überberechtigte und Minderberechtigte auf der Welt geben würde. Die Deutschen verlangten ein Vorrecht für sich in diesem Staate, den sie gegründet und mit ihrem Blute zusammengefittet hätten.

Als hierauf der Jungtscheche Kramarz, der Präsidialgenosse Abrahamowicz und Mitschuldige am Eingreifen der Polizei in die Freiheit des Parlaments, das Wort ergriff, verließen die Abgeordneten der Linken und die Sozialisten den Saal. Er bezeichnete die Töne aus dem Munde Stranskys als einen Ausdruck der tiefen Erregung des tschechischen Volkes, der noch gar nicht stark genug sei. Diese Behandlung der Tschechen nannte er eine schwere Sünde an Österreich. Graf Badeni habe den großen staatsmännischen Gedanken gehabt, die niemals verhätschelten Tschechen durch die innern Bande der Zufriedenheit an Österreich zu fetten. Für die neue Auffassung der Staatsaufgabe des tschechischen Volkes, für seine Opferwilligkeit und Versöhnlichkeit habe es einen Fußtritt bekommen. Nun werde es schwer gelingen, sein Vertrauen noch einmal zu erwecken. Der Redner bezeichnete es als unglaubliche Leichtfertigkeit und Oberflächlichkeit der staatsmännischen Auffassung, die Durchführung der Delegationswahlen damit erkaufen zu wollen, daß man alles aufs Spiel setze. Die politische Weisheit der neusten Staatslenker habe die Hoffnung auf Gerechtigkeit vernichtet und an ihre Stelle die Siegeszuversicht der brutalen Gewalt gesetzt. Eine Revolution sei vielleicht vernichtet worden, aber eine zweite beginne. Die Tschechen würden sich weder der Einsichtslosigkeit der Regierung noch dem Wahnsinn der Alldeutschen beugen, sondern den Kampf rücksichtslos zu Ende kämpfen, bis sie die volle Gleichberechtigung und die volle Gleichwertigkeit erkämpft haben würden.

In demselben Tone sprach der Jungtscheche Zaczek. Er verwies auf das in Prerau, Holeschau und Wsetin geflossene Blut, als Zeugen der Claryschen Regierungskunst, die Bataillone von Gendarmen und Mannsichergewehre gegen eine loyale Bevölkerung losgelassen habe, weil sie das Recht gegen die Revolution, gegen den Hochverrat im Staate verteidigten. Es seien Strömungen zur Regierung gelangt, die offen darauf hinarbeiteten, den Staat zu zerschlagen, der doch nicht ausschließlich deutsch regiert werden könne, da seine übrigen Völker sich das Joch der Regierung dieses einen Volkes, das entschieden in der Minorität sei, trotz seiner hohen Kultur und seiner angeblichen oder wirklichen Verdienste um den Staat nicht auf die Dauer würden gefallen lassen. Die Folge könne doch nur der fürchterlichste Bürgerkrieg mitten in Europa und der Ruin des einst mächtigen Staates Österreich sein. Die Art und Weise dieses Kampfes in einer Zeit trauriger Finsternis und bejammernswerten Niedergangs sei nur erklärlich aus dem tiefen ethischen Niedergang des deutschen Volkes, der verschuldet sei von Bismarck, dem Erfinder der Politik von Blut und Eisen, der in einer erleuchteten Zeit neben den Gestalten von Schiller und Goethe als Barbar und Vandale erscheinen werde, und der das deutsche Volk nicht befreit sondern geknechtet, es in die Fesseln des Militarismus geschlagen habe. Seine Politik sei das größte Unglück dieses Jahrhunderts gewesen, habe die ethischen Begriffe vieler Millionen verwirrt und das Unrecht

zum Recht gestempelt, sodaß die Völker Europas dem Andenken dieses Mannes einmal fluchen würden. Die Verständigung zwischen den Söhnen des tschechischen und des deutschen Volkes werde nur dann eintreten, wenn das deutsche den Grundsatz anerkenne, daß es nicht mehr zu verlangen habe, als ihm gebühre, und was die Tschechen jeden Augenblick zuzugestehn bereit seien. An diesem Tage werde der Völkerfriede in Österreich gestiftet werden, und es werde seine weltgeschichtliche Bedeutung wiedererlangen.

Eine gebührende Antwort erhielt das tschechische Wutgeschrei von dem Sozialdemokraten Daszynski, der sich zuerst gegen die von der Ungeschicklichkeit der Bezirkshauptleute verschuldete Schießerei in Mähren wandte, dann aber sofort dem moralischen Ekel Ausdruck gab, den er bei der Rede Stranskys empfunden habe. Diese ganze Freiheit und Gleichberechtigung mit Zwangsfurs, dieses falsche oder gefälschte dynastische Gefühl eines erst kürzlich getauften Advokaten bezeichnete er als einfach widerwärtig, die freie Entwicklung der Nationen unter der Vormundschaft der Saworski, Balffy und Ebenhoch (der polnischen Schlachzigen, der böhmischen Feudalen und der schwärzesten Klerikalen) als eine zum Himmel stinkende Heuchelei. Er bestritt den Jungtschechen das Recht, wie früher als Opposition im Namen des Volks zu reden, nachdem sie in den letzten dritthalb Jahren so große moralische und politische Verluste erlitten hätten. Verschmetternd war seine Frage: „War diese Prostitution nicht vergeblich? War dieses Krümmen und Winden nicht umsonst?“ Als einzige bürgerliche Oppositionspartei, die auch im deutschen Volke versteckte Sympathien gehabt habe, hätte sie sich verkauft. Der Berufung auf das Majoritätsprinzip hielt Daszynski entgegen, daß die Rechte nicht die Majorität vertrete, sondern nur die „numerische Überzahl“ der Stimmen im Hause habe, übrigens bei der Abstimmung über ihren Schutzpatron Badeni und seine Verbrechen, bei der Abstimmung über das Dienergesetz sogar zweimal in der Minorität geblieben sei und auch am 12. November 1897 nur durch das Umfallen der Stolajowskianer 177 gegen 171 Stimmen zusammengebracht habe. Eine Majorität könne kein Recht auf politische und parlamentarische Achtung geltend machen, wenn sie in ihrem Schoße einen Abrahamowicz und Kramarz habe, die unter dem Beifallsklatschen und Subel der prostituierten Tschechen achtzig Schergen in das Parlament kommandiert hätten. Diese Majorität habe im Ausgleichsausschuß alle Abänderungsanträge der Opposition mit kaltem Blute niedergestimmt, die Jungtschechen hätten dem Antrage auf Aufhebung des § 14 die Unterschrift verweigert. Es sei gar nicht wahr, daß sie in der Opposition stünden, sie veranstalteten Krawalle zum Schein, stünden aber unter der Fuchtel Saworskis. Sie wollten sich mit Schreien retten, wo Mannesmut notwendig sei, und im Hause eine Komödie aufführen, wo sie als ehrliche Männer in die Opposition gehn müßten.

Ein schwacher Trost für die erhaltenen, und weil reichlich verdient, doppelt

empfindlichen Keulenschläge war den Jungtschechen das Eintreten der Kroaten, der Slowenen und des rechten Zentrums für die Haltung der Majoritätskoalition. Bianchini reklamierte zuerst Dalmatien für das alte unabhängige Königreich Kroatien, erklärte im Hinblick auf die Konfiskationspraxis in seiner Heimat, daß sich die Türkei einer größern Pressfreiheit erfreue, und kündigte der Regierung, die ihren Amtsantritt mit einem schicksalsschweren Akte der größten Ungerechtigkeit und Undankbarkeit gegenüber den slawischen Brüdern aus Böhmen und gegenüber der ganzen Nation eingeleitet habe, die Bekämpfung mit allen von der Verfassung gebotnen Mitteln an. Im Namen des slawisch-christlichen Verbandes tadelte Bulat die Aufhebung der Sprachenverordnungen und forderte eine Regelung der Sprachenfrage in allen Königreichen und Ländern auf Grund der verfassungsmäßig gewährleisteten Gleichberechtigung aller Völker des Reichs, indem an dem Grundsatz festgehalten würde, daß vor allem die Bedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigt werden müßten. Die Bewilligung der Staatsbedürfnisse mit Rücksicht sowohl auf die Machtstellung der Monarchie, wie auf die diesseitige Reichshälfte wurde von ihm dem Kabinett zugesagt. Abt Treuinfels beschränkte sich auf die Erklärung treuen Festhaltens an dem Verbands der Parteien der rechten Seite des Hauses und sprach den frommen Wunsch aus, daß der Sprachenstreit durch die Vorlage des Sprachengesetzentwurfs bald beendigt würde.

Der deutschradikale Fro erklärte die Bezeichnung des Kabinetts Clary als eine Regierung Schönerer-Wolf für lächerlich, lehnte vielmehr jeden Vertrauensvorschuß ab, bis der Notwendigkeit der Einführung der deutschen Staatsprache Rechnung getragen sein werde, und antwortete Dr. Stransky und Dr. Jaczek im Sinne Wolfs und Türks. Das letzte Wort mußten aber doch die Jungtschechen behalten. Dr. Pacak gab zuerst seiner Entrüstung über die „Gemeinheiten“ Daszynskis Ausdruck, der ein ganzes schnöde und schimpflich betrogenes Volk, eine ganze schnöde und schimpflich betrogene Partei einen geschlagenen Hund genannt habe. Auf die Frage, ob die Jungtschechen die Brücke zwischen Adel und Volk gefunden hätten, antwortete er „Ja.“ Die Herzen hätten sich gefunden, die Vernunft und das Gefühl zu Gunsten des tschechischen Volks. Schämt sich die Regierung, oder könne sie nichts sagen? Ihre Erklärung enthalte nichts als die alte österreichische Politik, das Versprechen und Nichthalten. Österreich könne nicht zur Ruhe kommen, weil es keinen Halt in sich selbst habe. Die einzige Konsequenz liege in der Unentschiedenheit und im Stehbleiben auf halbem Wege. Die Sprachenfrage lasse sich übrigens nicht im Reichsrat, sondern nur in den einzelnen Ländern lösen. Dann könnte man sich hier nach andern politischen Grundsätzen ordnen, als nach nationalen. Die Deutschen wollten aber keine Gerechtigkeit, keinen Ausgleich, sondern nur die Hegemonie, und die Sprachenfrage sei für sie nur ein Vorwand, im Trüben zu fischen. Es gehe nicht an, daß sie in Böhmen, wo sie nichts dreinzureden

hätten, den Herrn spielten und die Völker im Süden auf das schändlichste unterdrückten. Die Sprachenfrage sei zu einer Machtfrage geworden, und auch der fortwährende Hinweis auf die Notwendigkeit der einheitlichen Armeesprache solle nur der Erringung der Hegemonie dienen. Das tschechische Volk gehe ohne Furcht in den Kampf, wenn auf dem Wege der Ungerechtigkeit fortgefahren werde.

Nachdem noch der polenfreundliche Ruthene Wachnianin erklärt hatte, an dem Programm der Rechten festzuhalten, das die nationale Gleichberechtigung für alle Völkerstämme auf Grund der geltenden Staatsgrundgesetze anstrebe, und auf Antrag des Klerikalen Rathrein der Schluß der Debatte beschlossen worden war, schloß der tschechische Generalredner der Majorität, der Abgeordnete v. Placzek, daß diesmal die Fenster der Hofburg thatsächlich von der schärfern Tonart geklirrt zu haben schienen wie zu der Zeit des Krimkriegs, wo Osterreich nach dem Worte des Ministers Schwarzenberg das Erstaunen der Welt durch seine Undankbarkeit hervorgerufen habe. Nun sei es auch undankbar gegen eins seiner treuesten Völker. Gegenüber dem ungerechten Beginnen der Regierung verschwänden alle ihre sonstigen Eigenschaften. Darum riefen die Tschechen bei aller Ruhe und Besonnenheit: „Weg mit dieser Regierung!“

Damit war die Debatte über die Regierungserklärung abgeschlossen. Der Einfluß des Monarchen ermöglichte am nächsten Tage die Delegationswahl, aber neben der Bewilligung der sonstigen Staatsnotwendigkeiten will die Rechte dem Grafen Clary kein Budgetprovisorium gewähren und ihn so zum Rücktritt oder zur Anwendung des § 14 zwingen.



Ein „neu“entdeckter Michelangelo

Von Konrad Lange



uentdeckt ist die Statue, um die es sich hier handelt, und von der diesem Heft zwei Abbildungen beigegeben sind, eigentlich nicht, da ich sie schon vor siebzehn Jahren gefunden und als Werk Michelangelos bekannt gemacht habe. Dennoch darf ich sie als neuentdeckt bezeichnen, da man erst jetzt nach langem systematischem Totschweigen meiner Entdeckung für nötig gehalten hat, sie an Ort und Stelle vor dem Original nachzuprüfen und sie dabei, wie vorauszusehen war, vollkommen bestätigt gefunden hat. Der Privatgelehrte Cornet von